



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2008

Das Recht auf Zugehörigkeit: Seyla Benhabib über Migration

Schefczyk, Michael

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-96925>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Schefczyk, Michael. Das Recht auf Zugehörigkeit: Seyla Benhabib über Migration. In: Neue Zürcher Zeitung, 239, 2008, 54.

Das Recht auf Zugehörigkeit

Seyla Benhabib über Migration

Von Michael Schefczyk

«Kein Mensch ist illegal!» – Der Slogan des «Immigrant Workers' Freedom Ride 2003» zielt Seyla Benhabibs neues Buch als Motto. Die an der Yale University lehrende Philosophin bewegt sich damit in einem Themenfeld, das in der politischen Theorie – wie sie zu Recht feststellt – eine bis anhin eher randständige Rolle spielt.

Der zitierte Slogan fordert offene Grenzen für Arbeitskräfte. Wie sich am Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Staaten zur Europäischen Union studieren lässt, können Grenzöffnungen beträchtliche Wanderungsbewegungen auslösen. Grossbritannien hat den grössten Zustrom von Migranten in seiner Geschichte erlebt, insbesondere aus Polen. Doch mittlerweile sind die polnischen Löhne gestiegen, das Wechselkursverhältnis ist ungünstiger geworden, die Arbeitsmarktlage in Grossbritannien verschlechtert sich, und eine Rückwanderung im grossen Stile setzt ein. Bilderbuchökonomie. Migranten und einheimische Auftraggeber entscheiden sich ganz unsentimental für das bessere Angebot.

Offene Grenzen – für wen?

Doch kühle Kalkulation ist nur eine Seite der Migration. Menschen haben die bemerkenswerte Fähigkeit, Gefühle für Länder zu entwickeln. Viele zieht es zurück in ihr Heimatland. Doch viele wollen auch dauerhaft im Einwanderungsland bleiben – insbesondere, wer vor unerträglichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Heimat geflohen ist. Daraus ergeben sich die zwei grossen Fragen der Migration: Wie offen müssen die Grenzen für Zuwanderung sein? Und unter welchen Bedingungen sollen die Zuwanderer Bürgerrechte erwerben können?

Benhabib investiert deutlich mehr Energie in die Beantwortung der zweiten Frage. Wie sie zum Thema globale Freizügigkeit steht, wird nicht zweifelsfrei deutlich. An einigen Stellen scheint sie ein entsprechendes Grundrecht jedes Menschen zu postulieren. So schreibt sie, dass das Überschreiten von Grenzen und die Einreise in andere Staaten keine kriminelle Handlung, sondern Ausdruck von Freiheit und der Suche nach besseren Lebensbedingungen seien. In diesem Kontext fordert sie auch die Regularisierung von Sans-Papiers.

In anderen Passagen betont sie dagegen, dass sie nicht «offene, sondern bedingt durchlässige Grenzen» befürworte: «Flüchtlinge und Asylsuchende haben meines Erachtens das Recht, in ein Land einzureisen, doch hat das betreffende Land seinerseits das Recht zu bestimmen, auf welche Weise sie eingebürgert werden können.» Bemerkenswert erscheint an dieser Formulierung zweierlei: zum einen die Vermischung der Frage der Einwanderung mit der der Einbürgerung; zum anderen die Einengung auf Flüchtlinge und Asylsuchende. Das moralische Recht auf Einwanderung wird hier nicht mit Blick auf Freiheit und *pursuit of happiness* behauptet, sondern mit Blick auf Not. Hält man sich an diese Passagen, so tritt Benhabib nicht für globale Freizügigkeit ein, sondern unterstreicht, dass gegenüber Personen in extremen Notlagen Hilfspflichten bestehen. Dies ist, wenn überhaupt, eine doch recht domestizierte Interpretation von «Kein Mensch ist illegal!».

Einbürgerungswehen

Auch in der zweiten Frage, der der Einbürgerung,

wird nicht so heiss gegessen wie gekocht. Immer wieder ist davon die Rede, dass es ein «Menschenrecht auf Zugehörigkeit» gebe und dass ein «dauerhafter Ausländerstatus» die Menschenrechte verletze. – Fair enough! Bei einem «Menschenrecht auf Zugehörigkeit», denkt Benhabib jedoch nicht etwa an einen Einbürgerungsanspruch, den jeder Ansässige aufgrund seines Menschseins habe. Es geht ihr lediglich darum, dass jeder Staat Einbürgerungen im Prinzip zulassen müsse. An welche Bedingungen Einbürgerungen gebunden werden, ist nach Benhabib «Sache der jeweiligen Nation». Die einzigen Einschränkungen der Einbürgerungspraxis, die sie konkret nennt, betreffen das Verbot, aufgrund von «religiösen, ethnischen, rassistischen oder sexuellen Merkmalen» zu entscheiden.

Dass Staaten die Möglichkeit von Einbürgerungen vorsehen müssen; dass die entsprechenden Verfahren keine diskriminierenden Merkmale geltend machen dürfen; und dass die resultierenden Bescheide gerichtlich überprüfbar sein sollen, scheint letztlich alles zu sein, was hinter der Rede vom «Menschenrecht auf Zugehörigkeit» steckt. Die entschiedene Einschätzung, ein dauerhafter Ausländerstatus verletze die Menschenrechte der Betroffenen, wird damit ebenso entschieden wieder abgeschwächt.

Auch wenn er das selbst nicht wahrhaben möchte, ist «Das Recht der Anderen» ein in sich zerrissener Text. Obwohl die Verben des Meinens und Dafürhaltens in ihm das Sagen haben, bleibt er im Wesentlichen unentschlossen. So als habe er eigentlich etwas Radikales gewollt – und dann habe ihn der Mut verlassen.